

GRIECHISCHE ANARCHISTINNEN

Mit Bomben gegen Börse und Banken

Am vergangenen Donnerstag haben griechische Antiterrorereinheiten in Athen zwei militante Anarchistinnen festgenommen. Panagiota Roupa, genannt Pola Roupa, und Konstantina Athanasopoulou gehören zur Stadtguerilla Epanastatikos Agonas (EA, Revolutionärer Kampf).

2003 hat die Untergrundgruppe dem US-amerikanischen «Antiterrorkampf» den Krieg erklärt. Seither gab es mehrere EA-Attacken – unter anderem feuerte sie 2007 eine Panzerfaust auf die US-Botschaft in Athen ab. Die USA und die EU setzten die EA daraufhin auf die Liste terroristischer Organisationen. Seit dem Ausbruch der griechischen Finanzkrise verübte die anarchistische Guerilla mehrere Bombenanschläge auf Börse und Banken.

Im April 2010 wurde Roupa verhaftet und sass achtzehn Monate in Untersuchungshaft. «Unser Ziel war es, das wegen der Krise anfällige System so hart wie möglich zu treffen, die politischen Wahlen der griechischen Regierung und die von der Troika implementierten «Rettungspläne» zu sabotieren», schrieb sie damals in einem Brief aus dem Gefängnis, den das anarchistische Onlineportal «Contra Info» veröffentlichte.

In den vergangenen Jahren lebte Roupa im Untergrund. Der 48-jährigen droht eine fünfzigjährige Haftstrafe, zu der sie 2013 in Abwesenheit verurteilt worden war – wegen mehrerer Anschläge, Raubüberfälle und Schiesereien mit der Polizei. Im Februar 2016 hatte sie versucht, mit einem entführten Helikopter ihren Mann Nikos Maziotis, ebenfalls EA-Mitglied, aus einem Athener Hochsicherheitsgefängnis zu befreien.

Der sechsjährige Sohn des Paares wurde am letzten Donnerstag in einem Heim untergebracht. Dagegen protestierten die drei EA-Mitglieder mit einem Hungerstreik: «Die einzigen Terroristen sind der Staat und das Kapital», schrieb die 25-jährige Athanasopoulou in einer Erklärung. «Ich verweigere das Essen und Trinken, bis das Kind meiner Gefährten ihren Verwandten übergeben wird.» Am Sonntag erhielt Roupas Mutter das vorläufige Sorgerecht für den Sohn. Die AnarchistInnen haben den Hungerstreik daraufhin vorerst beendet.

MERIEM STRUPLER

WAS WEITER GESCHAH



4000 Kilometer von Moskau entfernt

Mehr als einen Monat lang wusste Anastasia Zotowa nicht, wo sich ihr Mann befindet. Ildar Dadin verbüsst derzeit eine zweieinhalbjährige Haftstrafe, weil er an mehreren Kundgebungen gegen die russische Regierung teilgenommen hatte. Im November war ein Brief publik geworden, in dem Dadin Foltervorwürfe gegen die Gefängnisleitung erhob. Später berichteten mehrere Gefangene der gleichen Strafkolonie, ebenfalls gefoltert worden zu sein. Daraufhin wurde der 34-Jährige in eine andere Kolonie verlegt – und verschwand spurlos.

Inzwischen ist Dadin aufgetaucht: Am Sonntag rief er seine Frau aus einer Kolonie in der Altairegion an – Zotowa veröffentlichte das etwa achtminütige Telefongespräch auf einer russischen Internetplattform. Den Rest seiner Strafe wird Dadin wohl im abgelegenen Sibirien verbüßen, mehr als 4000 Kilometer von seinem Moskauer Zuhause entfernt.

Dass die Behörden den Aufenthaltsort des Gefangenen schliesslich mitteilten, liegt nicht zuletzt an einer gross angelegten Kampagne seiner UnterstützerInnen. Sie liessen sich mit Suchplakaten fotografieren und stellten die Bilder auf Facebook, auf Twitter trendete tagelang der Hashtag «ГдеИльдарДадин?» (Wo ist Ildar Dadin?). Kulturschaffende und Oppositionelle schrieben mehrere Briefe an die Strafvollzugsbehörde. Und AktivistInnen machten mit Einzeldemos auf das Schicksal des Verschwundenen aufmerksam.

Genauso wie Amnesty International führt die russische Menschenrechtsorganisation Memorial Ildar Dadin auf ihrer Liste der politischen Gefangenen. Zurzeit befinden sich in der Aufzählung über hundert Namen. Dadin russische und internationale UnterstützerInnen fordern die sofortige Freilassung des Häftlings. ИК

Nachtrag zum Artikel «Wo ist Ildar Dadin?» in WOZ Nr. 1/17.

URBAN CITIZENSHIP IN NEW YORK

Ein Schutzraum für alle

Knapp zehn Prozent der New YorkerInnen besitzen einen offiziellen Stadtausweis. Vor allem Sans-Papiers ermöglicht er ein legalisiertes Leben.

VON HENRIK LEBUHN, NEW YORK



Eine Erfolgsgeschichte: Eine Angestellte der Stadt informiert in der Queens Library über den Stadtausweis. FOTO: BRENDAN MCDERMID, REUTERS

«Ich bin New York City»: In allen erdenklichen Sprachen steht der Satz auf den Postern, die derzeit überall in der Stadt hängen: in Schulen, Cafés, Bibliotheken und an Bushaltestellen. Ganz unten auf den Plakaten steht in leuchtendem Orange: «Hol dir heute noch deinen Stadtausweis!»

Die Einführung der New York City ID, kurz IDNYC, Anfang 2015 gehört zu den grössten Erfolgen von Bürgermeister Bill de Blasio. Im November 2013 war der linke Demokrat mit 73 Prozent der Stimmen zum Nachfolger von Multimillionär Michael Bloomberg gewählt worden. Damit endeten zwei Jahrzehnte konservativer Law-and-Order-Politik. Wie kaum eine andere Reform steht der Stadtausweis für de Blasios politischen Kurswechsel und für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der neuen Regierung und den sozialen Bewegungen der Stadt.

Führerschein als Ausweisdokument

Die Idee ist einfach. Wer seine Identität und einen Wohnsitz in der Stadt nachweisen kann, erhält einen offiziellen Ausweis – die IDNYC. Der Aufenthaltsstatus spielt dabei keine Rolle und wird auf dem Ausweis nicht vermerkt. Wer die ID hat, ist StadtbürgerIn. Sie wird nicht nur von Verwaltungen, Schulen, Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen anerkannt, sondern auch von vielen privaten Unternehmen.

Anders als in den europäischen Ländern haben die meisten US-BürgerInnen keinen Reisepass oder Personalausweis. Das meistbenutzte Ausweisdokument ist der Führerschein. Aber ganz ohne gültigen Ausweis wird der Alltag gerade für marginalisierte Gruppen wie Obdachlose oder die etwa 500 000 Sans-Papiers in New York zur Herausforderung: Für den Abschluss eines Mietvertrags oder auch für den Schulbesuch der Kinder braucht man einen Ausweis. Von den Risiken, die eine Polizeikontrolle mit sich bringen kann, ganz abgesehen.

Die ID ist das Ergebnis einer Kampagne linker Bewegungen. Federführend war eine der grössten Nachbarschaftsorganisationen von New York: Make the Road. Die Organisation wurde 2007 als Zusammenschluss mehrerer kleinerer Gruppen gegründet und kämpft für die Rechte von MigrantInnen.

«Wir hatten schon länger über eine ID nachgedacht», erzählt Natalia Aristizabal. Doch erst mit de Blasio als Bürgermeister und einer Reihe linker Abgeordneter im 51-köpfigen Stadtparlament schien die Gelegenheit günstig. Aristizabal kennt den strukturellen Rassismus

in New York aus eigener Erfahrung – zusammen mit ihrer Mutter ist sie aus Kolumbien in die USA eingewandert. Zunächst hätten sie sich Rat bei JuristInnen geholt, erzählt die junge Frau. «Dann haben wir überlegt, wie man den Ausweis für alle New Yorker attraktiv macht. Wir wollten keine ID nur für papierlose Einwanderer. Das wäre stigmatisierend gewesen.»

Als Make the Road in einem stadtpolitischen Bündnis die Abgeordneten und de Blasio kontaktierte, stand das Konzept: Die ID sollte nicht nur als Ausweis funktionieren, sondern auch vergünstigten Zugang zu Museen und anderen Kulturinstitutionen beinhalten und eine ermässigte Mitgliedschaft in Sportvereinen ermöglichen. Die Bibliotheken hatten bereits im Vorfeld Interesse gezeigt.

Im Sommer 2016 hat die Stadtregierung die ID zum ersten Mal offiziell evaluiert. Die Ergebnisse von externen GutachterInnen sind verblüffend: Rund zehn Prozent der 8,4 Millionen New YorkerInnen quer durch alle Schichten nutzen den Ausweis mittlerweile.

Die Polizei scheint die ID vorbehaltlos zu akzeptieren. Sie hatte im Vorfeld gefordert, dass der Identitätsnachweis bei der Antragstellung streng gehandhabt wird. Im Gegenzug wurden die Richtlinien für Polizeikontrollen geändert, sodass die ID als Ausweis genutzt werden kann. Das ist vor allem für MigrantInnen und Sans-Papiers zentral. Ihnen ermöglicht der Ausweis ein weitgehend legalisiertes Leben in New York, sie können damit ein Bankkonto eröffnen, Telefon- und Mietverträge abschliessen. Obdachlose können eine Hilfsorganisation als Adresse angeben. Allerdings fungiert die ID nicht als Arbeitsbewilligung – wer also keinen anderen Ausweis hat, ist weiterhin gezwungen, schwarz zu arbeiten.

Besonders beliebt ist der Stadtausweis auch bei Transmenschlichen und Intersexuellen. Denn im Gegensatz zu anderen offiziellen Ausweisen kann man das Geschlecht selbst wählen – zudem gibt es die Möglichkeit, auf eine Genderbezeichnung ganz zu verzichten. Auch unter Studierenden ist die Karte verbreitet, da sie ermässigt oder sogar freien Eintritt bei vierzig Kulturinstitutionen bietet.

Gerade die lokal verankerten Nachbarschaftsorganisationen seien wichtige Partner bei der Umsetzung der IDNYC gewesen, sagt Nisha Agarwal, Migrationsbeauftragte des Bürgermeisters. «Viele Gruppen haben Stellen eingerichtet, wo man den Ausweis beantragen

kann. Ausserdem beraten sie uns, wie wir das Partnerprogramm weiter ausbauen können, um den Ausweis für alle New Yorker attraktiv zu gestalten.»

Trumps Drohungen

Trotz aller Erfolge ist der Stadtausweis nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Zum einen gilt er nur in New York City. Zum anderen kann er an der enormen sozialen Polarisierung in der Stadt wenig ändern. Wenn es um Umverteilungspolitik geht, zum Beispiel im Wohnungsbau und in der Bildungspolitik, trifft die neue Stadtregierung schnell auf mächtige GegnerInnen. Diese sitzen nicht nur in der Wall Street, sondern auch an den politischen Hebeln im Bundesstaat New York. In vielen Fragen kann auch der mächtige Bürgermeister von New York nichts ohne die Zustimmung des Bundesstaats unternehmen.

Noch schlechter steht es nach der Wahl von Donald Trump – es droht sogar ein heftiger Kampf um die bereits errungenen Verbesserungen. Die Regierung könnte Schritte unternehmen, um die IDNYC wieder aus dem

An der enormen sozialen Polarisierung in der Stadt kann die New York City ID wenig ändern.

Die Stadt der Zukunft (2)

In einer Serie von Artikeln stellt die WOZ in den kommenden Monaten zukunftsweisende Projekte und Entwicklungen in ausgewählten Städten auf der ganzen Welt vor, diskutiert aber auch deren Schattenseiten, etwa eine Gentrifizierung, die den schlechter verdienenden Teil der Bevölkerung unter Druck setzt oder aus der Stadt vertreibt.

Im ersten Teil hatten wir in WOZ Nr. 49/16 die dänische Hauptstadt Kopenhagen porträtiert, die bis 2025 zur ersten klimaneutralen Grossstadt der Welt werden will.

Verkehr zu ziehen. Trump hatte im Wahlkampf mehrmals angekündigt, alle bundesstaatliche Unterstützung an Städte zu streichen, die Sans-Papiers Schutz bieten. Bill de Blasio hat allerdings klargemacht, dass er sich dadurch nicht von seiner Politik abbringen lassen werde.

Henrik Leuhn ist Stadt- und Regionalsoziologe an der Humboldt-Universität in Berlin.